

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung am 20.02.2025 des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nordkirchen

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Die folgenden Ausschussmitglieder sind anwesend:

Bomholt, Michael	
Cortner, Theodor	
Fricke, Karl Heinz	
Fuchs, Kai	
Gramm, Annette	
Kuliga, Manfred	
Lübbert, Christian	
Möller, Torsten	
Pieper, Markus	
Quante, Clemens	
Spräner, Uta	nur im öffentlichen Teil
Stein, Martin	nur im öffentlichen Teil
Stiens, Michael	
Stierl, Gereon	
Tepper, Heinz-Josef	ab TOP 5 (18:10 Uhr)
Wellmann, Maria	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bergmann, Dietmar	
Busch, Thomas	Schriftführer
Kundt, Alina	
Lachmann, Manuel	
Tönning, Bernd	

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Fragestunde für die Einwohner
- 2 Anträge zur Tagesordnung
- 3 Gebührensatzung für das Standesamt Nordkirchen
Vorlage: 017/2025
- 4 Festsetzung von verkaufsoffenen Sonntagen aus besonderem Anlass
im Jahr 2025
Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung
Vorlage: 016/2025
- 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 einschließlich Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2028 und Stellenplan 2025
Vorlage: 002/2025
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nicht öffentliche Sitzung

- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Bergmann begrüßt die Anwesenden und den Vertreter der Presse. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1	Fragestunde für die Einwohner
----------	--------------------------------------

Es werden keine Fragen gestellt.

2	Anträge zur Tagesordnung
----------	---------------------------------

Es gibt keine Anträge.

3	Gebührensatzung für das Standesamt Nordkirchen Vorlage: 017/2025
----------	---

Frau Kundt stellt die Änderungen in der Gebührensatzung vor. Die Gemeindeverwaltung schlägt moderate Erhöhungen der Gebühren im Schnitt von 10 bzw. 20 Euro vor.

Herr Stein fragt, ob die Gebühren für die Hochzeiten im Türmchen nicht steigen. Dies bestätigt Herr Tönning. In der Januar-Sitzung des HFA sei über die Auskömmlichkeit dieser Gebühr berichtet worden. Auf Nachfrage von Herrn Pieper erläutert Herr Tönning, dass nicht die Sondergebühr für das Trauen im Schloss, sondern die generelle Traugebühr erhöht worden sei. Dadurch wird auch die Hochzeit im Türmchen teurer.

Herr Pieper begrüßt, dass die Erhöhung bereits ab dem 1. März gelten sollen. Er fragt, wie die Gebühren in Höhe von 7 und 14 Euro zustande gekommen sind. Frau Kundt antwortet, dass es sich hierbei um Mittelwerte handelt.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder soll der veraltet wirkende Begriff der „Quittung“ in § 4 (3) durch das Wort „Zahlungsbeleg“ ersetzt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Bergmann über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Nordkirchen beschließt die beiliegende Gebührensatzung für das Standesamt der Gemeinde Nordkirchen ab dem 01.03.2025.

Abstimmungsergebnis: 16:00:00 (J:N:E)

4	Festsetzung von verkaufsoffenen Sonntagen aus besonderem Anlass im Jahr 2025 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung Vorlage: 016/2025
----------	--

Herr Bergmann führt kurz aus, dass für den Hollandmarkt am 16. März 2025 ein verkaufsoffener Sonntag festgesetzt werden soll.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Nordkirchen beschließt zur Festsetzung von einem verkaufsoffenen Sonntag aus besonderem Anlass im Jahr 2025 die als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung.

Abstimmungsergebnis: 16:00:00 (J:N:E)

5	Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 einschließlich Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2028 und Stellenplan 2025 Vorlage: 002/2025
----------	--

Herr Tönning ruft die einzelnen Produkte aus dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 auf. Es werden nachfolgende Fragen gestellt:

010501 – Öffentlichkeitsarbeit:

Herr Pieper fragt, wie es zu den Änderungen des Personalaufwands kommt. Herr Tönning antwortet, dass es sich nicht um eine Personalaufstockung handelt, sondern dass die dahinterstehenden Werte angepasst und aktualisiert worden sind. Frau Spräner fragt nach, um wieviele Stellen es sich handelt. Herr Bergmann antwortet aus dem Kopf heraus, dass es sich ungefähr um anderthalb Stellenanteile handelt. Der genaue Personalschlüssel soll im Rahmen der Niederschrift nachgereicht werden:

Die Personalaufwendungen entfallen auf Stellenanteile in Höhe von 1,33 Vollzeitäquivalenten.

010901 – Elektronische Datenverarbeitung:

Herr Pieper fragt auch hier nach den Veränderungen des Personalaufwands. Herr Tönning bestätigt, dass es sich hier ebenfalls um eine Anpassung des Schlüssels der Personalaufwendungen handelt.

110203 – Abwasserbeseitigung:

Herr Stierl fragt nach dem Generalentwässerungskonzept. Dieses wurde laut Herrn Lachmann im Jahr 2023 beschlossen und die Gemeinde befindet sich gemeinsam mit der Firma DW Ingenieure in der Prüfung des

Konzepts. Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf rund 60 T€.

160101 - Finanzwirtschaft

Frau Spräner fragt, warum die Werte für die Zuweisungen des Landes für die Schul- und Sportpauschale im Vorjahr 0,- € gewesen sind. Herr Tönning erläutert, dass die beiden Pauschalen im Vorjahr investiv geplant gewesen sind und nun in diesem Jahr konsumtiv veranschlagt wurden. Somit können sie in voller Höhe an dieser Stelle im Haushaltsplan gefunden werden.

Des Weiteren möchte Frau Spräner wissen, wie und wann sich die Schlüsselzuweisungen verändern. Herr Tönning erklärt, dass sich die Werte für das aktuelle Haushaltsjahr nicht mehr verändern werden. Der Zahlbetrag der ersten Hälfte des Jahres 2025 fließt in die Berechnungen für die GFG-Zahlung des nächsten Jahres ein.

Auch nach der „Kompensationszahlung (Familienausgleich)“ wird gefragt. Herr Bergmann erläutert hier kurz, dass vor vielen Jahren Geldmittel durch das Land gekürzt wurden, die mit dieser Zahlung zumindest in Teilen ausgeglichen werden.

Herr Stierl fragt, wo die Zahlungsflüsse der Finanzanlagen zu finden sind. Diese werden auf Seite 146 (Finanzplanung) dargestellt.

Herr Tönning erläutert an dieser Stelle auch die Veränderungen, die auf der heutigen Tischvorlage dargestellt werden und das Produkt 160101 betreffen.

Herr Pieper fragt, wie mit den Veränderungen der Gewerbesteuereinnahmen umgegangen wird. Herr Tönning führt aus, dass der Effekt in 2026 zu sehen sein wird. Die Gewerbesteuer-Rückzahlung für 2024 wird im Jahresergebnis 2024 verarbeitet. Die Verbesserungen, die im Budgetbericht dargestellt wurden, werden dadurch in Teilen wieder aufgehoben.

Herr Lübbert fragt, wofür im Jahr 2023 Vergnügungssteuer eingenommen wurde. Es handelte sich um einen Spielautomaten.

020101 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Frau Spräner fragt, welche Buchungen auf dem Sachkonto 456101 (Buß-, Verwarn-, Zwangsgelder) vorgenommen werden. Herr Tönning erklärt, dass es sich hierbei um ordnungsrechtliches Zwangs- bzw. Bußgeld handelt.

130201 - Friedhöfe

Herr Stierl führt aus, man habe ja jetzt schon mehrere Jahre in Folge Defizite erzielt und es gab viele Diskussionen um die Friedhöfe in der Arbeitsgruppe. Es werde dringend Zeit, dass man einen Gebührenhaushalt

habe, der nicht mehr bezuschusst werden muss. Dies sei sicherlich ein Politikum und deswegen habe man intensiv darüber diskutiert.

Herr Tönning antwortet, dass man das in der Gemeindeverwaltung genauso sehe. Man habe schon die alte Gebührenkalkulation mit eigenen Mitteln aktualisiert und festgestellt, dass daraus extrem hohe Kostensteigerungen resultieren würden. Daher habe man die damals beauftragte Firma nun darum gebeten, die gleiche Kalkulation erneut durchzuführen, um eine entsprechende Expertise zu haben. Die Firma habe den Auftrag angenommen und man gehe davon aus, dass in 2-3 Monaten ein Ergebnis vorliegen werde (vor der Sommerpause).

Herr Pieper betont, dass es sich hier auch um ein Ergebnis des runden Tisches handelt. Die CDU-/FDP-Fraktion sehe es genauso: die Kosten müssen gedeckt werden. Man bitte daher um einen Gebühren-Ist-Stand ohne neue Bestattungsformen und sichere die politische Rückendeckung für daraus resultierende Gebührenerhöhungen zu.

Koordination aller Fachausschüsse:

Frau Spräner meldet sich zu Wort. Das Basketballfeld und die Skateranlage liegen den Grünen am Herzen. Beide Vorhaben sollten daher in die Finanzplanung 2027 wieder aufgenommen werden. Diese werden von jungen Leuten genutzt, die nicht im Vereinssport aktiv sind. Um auch etwas für diese Gruppe zu tun, möchten die Grünen gerne bei dem bleiben, was ursprünglich in der Finanzplanung angedacht war.

Herr Tönning antwortet dazu, dass die Gemeindeverwaltung nicht geplant hat, die Vorhaben einzustellen, sondern sie lediglich über den Finanzplanungszeitraum hinaus verschoben hat.

Herr Pieper ergänzt, dass aus seiner Sicht auch die Dirtbike-Strecke unter diese Vorhaben fällt.

Frau Spräner ist es wichtig, dass an dieser Stelle festgestellt wird, dass die Vorhaben auch wirklich nicht unter den Tisch fallen gelassen werden. Sie fragt, wie denn entsprechende Zuschüsse für die Vorhaben im Haushalt hinterlegt werden. Hier muss laut Herrn Tönning ein hohes Maß an Verlässlichkeit vorliegen, damit diese aufgenommen werden können. Die Projekte seien von der Verwaltung aus Haushaltsgründen hinter den Finanzplanungszeitraum gelegt worden. Er würde auch nicht empfehlen, diese nun wieder aufzunehmen.

Die SPD befürworte alle drei Projekte absolut. Laut Herrn Stierl sei es unstrittig, dass diese auch umgesetzt werden sollen. Aber die Fläche für das Außenspielfeld stehe ja zum Beispiel aufgrund der Erweiterung der JCS aktuell gar nicht zur Verfügung. Alle Parteien wären da einer Meinung, dass die Projekte grundsätzlich gut seien. Es mache jetzt aber keinen Sinn etwas konkret festzuzurren.

Herr Lübbert fragt nach, ob die Empfehlung von Herrn Tönning etwas mit den Tilgungs- und Zinsleistungen zu tun habe? Das bejaht Herr Tönning, weil diese Zahlungen ein Haushaltssicherungskonzept begünstigen würden.

Frau Spräner antwortet, dass sie es nur fair fände, es in den Finanzplanungszeitraum jetzt herein zu schreiben. Man verlange ja nicht für 2026, sondern für 2027.

Herr Bergmann fasst zusammen, dass die Skateranlage rund 500 T€ und das Basketballfeld (Außenspielfeld) ungefähr 160 T€ kosten würden. Die Kosten für die Dirtbike-Strecke kämen noch dazu und könnten derzeit nicht korrekt geschätzt werden. Durch die Projekte komme man immer näher an die Schwelle, ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen. Sein Vorschlag sei es daher, für den Haushalt 2026 Fördermöglichkeiten prüfen zu lassen, so dass man die Projekte bei finanziellen Möglichkeiten dann wieder in den Haushalt aufnehmen könne.

Dies sieht auch Herr Pieper so. Man werde ein Problem schaffen, wenn man jetzt rein symbolisch 800 T€ in den Haushalt hereinschreibe.

Frau Spräner sagt, man habe wirklich viele Spielplätze für Kinder bis zum Alter von 12 Jahren geschaffen und fördere auch den Vereinssport gut. Das freie Sportangebot komme aber aus ihrer Sicht zu kurz. Auch im Hinblick auf eine Anerkennung als Luftkurort.

Herr Stierl betont, dass aus Sicht der SPD der Vorschlag des Bürgermeisters der einzig richtige sei.

Herr Quante weist noch einmal darauf hin, dass es wichtig sei, dass die Fläche für das Außenspielfeld auch zur Verfügung stehe. Frau Gramm betont, dass es ihr wichtig sei, dass man an die Projekte denke und diese nicht in Vergessenheit geraten. Die Dirtbike-Strecke in Südkirchen müsste erstmal in Form gebracht werden. Das sollte erste Priorität haben.

Herr Bergmann regt die nachfolgende Beschlussfassung an und lässt über sie abstimmen:

Beschlussvorschlag:

„Der HFA beauftragt die Verwaltung für die drei genannten Maßnahmen Förderkulissen zu eruieren und entsprechend in den Finanzplan aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: 17:00:00 (J:N:E)

Herr Pieper hat noch einen Antrag bezüglich des Ansatzes für Sachkonto 529135 auf Seite 214 im Produkt 060202 – Kinder-, Jugend- und Familienförderung. Man würde den Ansatz in Höhe von 20 T€ gerne wieder um 5 T€ - wie im Vorjahr – erhöhen. CDU und FDP würden es begrüßen, ei-

nen festen Betrag pro bestandener Seepferdchen-Prüfung zu zahlen.

Herr Bergmann sagt, er stehe für das Schwimmen in Nordkirchen. Er sehe als Problem jedoch eher die Kapazitäten der DLRG. Man könne das aber gerne als Idee mit aufnehmen.

Herr Pieper findet, es sei spannend, eine Anerkennung an einen Verein zu geben für eine bestimmte Leistung, sozusagen als Motivation.

Herr Stierl meldet sich zu Wort. Er finde die Idee grundsätzlich nicht schlecht, glaube jedoch, dass man diese auch mit dem bestehenden Budget umsetzen könne. Herr Pieper antwortet darauf, dass man die 5 T€ Erhöhung gerne hereinschreiben lassen möchte.

Frau Spräner findet ein Belohnungsprinzip für andere Vereine (wie z. B. die Pfadfinder) schwierig. Als Anregung nehme man das jedoch gerne auf.

Herr Tönning betont, dass für den Fall, dass die 20 T€ nicht ausreichen sollten, die Verwaltung bestimmt eine Möglichkeit fände, den Topf zu erhöhen. Man werde dann im Rahmen der Budgetierung einen Weg finden.

Frau Wellmann findet die Idee der Förderung gut. Es würde auch in anderen Kommunen so gemacht. Herr Bergmann antwortet darauf noch einmal, dass es aus seiner Sicht an mangelnder Schwimmkapazität scheitere.

Herr Tönning erläutert abschließend die Aussagen der Änderungsliste des Haushaltsplans 2025. Die Gemeindeverwaltung würde diese am Montag zur Verfügung stellen.

Herr Stein fragt nach der Änderung in § 5 (500 T€ mehr Kreditaufwand). Dies ist laut Herrn Tönning das Ergebnis der Verschlechterung der Gewerbesteuer.

Bevor Herr Bergmann über den Beschlussvorschlag abstimmen lässt, kündigt Herr Pieper an, dass sich die CDU-/FDP-Fraktion bei der heutigen Abstimmung enthalten werde, weil erst am Montag eine Sondersitzung der Fraktion stattfinde. Er bitte daher um Verständnis, dass man heute noch nicht zustimme. Er könne das voraussichtliche Abstimmungsergebnis gerne am Dienstagmorgen der Verwaltung bekannt geben.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde beschließt

- a) die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan inklusive der Änderungsliste für das Haushaltsjahr 2025 einschließlich Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2028

und

- b) den Stellenplan 2025 in der von den Ausschüssen empfohlenen Fassung.

Abstimmungsergebnis: 05:00:12 (J:N:E)

6	Mitteilungen der Verwaltung
----------	------------------------------------

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

7	Anfragen der Ausschussmitglieder
----------	---

Herr Stein stellt fest, dass die aktuell noch gültigen Verwaltungsgebühren aus dem Jahre 2001 stammen. Könne man hier eine Aktualisierung vornehmen? Herr Tönning sichert dies zu.

Herr Stierl fragt nach Rückmeldungen auf die vor einigen Wochen verschickten Grundbesitzabgaben-Bescheide. Gibt es Reaktionen?

Herr Tönning bejaht dies. Vielen waren die Auswirkungen des Bescheids vom Finanzamt nicht bekannt. 99% der Fragen betreffen dabei aber den Messbetrag, der nicht von der Gemeinde festgelegt wurde. Die meisten Bürger sähen dies ein, manche aber auch nicht. Die Widersprüche müssten sich dann an das Finanzamt richten und die Gemeinde verweise daher in diesen Fällen dorthin. Man habe auch schon einige Änderungsbescheide von der Finanzverwaltung erhalten, die wahrscheinlich aus Interventionen der Bürger resultierten.

Frau Spräner fragt, welche Steuer für einen Listenhund zu zahlen sei, der aus dem Tierheim kommt. Herr Tönning antwortet, dass ein Listenhund ein Listenhunde bleibe und die entsprechende Steuer so zu bezahlen sei.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 18:50 Uhr. Herr Bergmann verabschiedet den anwesenden Presse-Vertreter.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, bedankt sich Herr Bergmann bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19.20 Uhr.

Dietmar Bergmann
Vorsitzender

Thomas Busch
Schriftführer